

SPD



Frankfurt am Main

Die Linke
Mitte

Kreis
Freundes

Ausgabe 24

April 2018

Verbraucher stärker schützen gegen Dieselbetrug und Datenmissbrauch! gehen!

von Oliver Strank



allen Ebenen stärken.

In einer globalisierten Welt, in der große Konzerne weitaus mehr Möglichkeiten haben als einzelne Verbraucher, muss die Politik den Verbraucherschutz auf

Bereits in unserem Regierungsprogramm zur Bundestagswahl 2017 haben wir daher zu Recht versprochen, dass wir in Deutschland für einen stärkeren Verbraucherschutz bessere Gesetze schaffen und sie auch wirksam durchsetzen müssen, damit Recht bekommt, wer Recht hat. Dies haben die jüngsten Beispiele des Diesel-Abgasskandals und des Datenmissbrauchs über Facebook eindringlich vor Augen geführt. Bisher muss jeder geschädigte Dieselbesitzer als potenzieller Kläger einzeln vor Gericht ziehen, was allerdings enorme Kostenrisiken in sich birgt, vor denen viele Verbraucher – gerade solche mit geringerem Einkommen - zurückschrecken. Das belegt ein Blick auf die nackten Zahlen: Zwar sind inzwischen mehrere Tausend Klagen vor den Gerichten anhängig. Gemessen an der Gesamtzahl der in Deutschland betroffenen Autos ist dies aber nur ein Bruchteil.

Mit einer Musterfeststellungsklage lässt sich das Prozesskostenrisiko für den einzelnen Verbraucher erheblich reduzieren. Denn mit ihr können qualifizierte Verbände rechtliche Streitigkeiten, die viele Verbraucher betreffen, mit nur einer Klage vor Gericht klären lassen. Nach dem bisherigen Gesetzesentwurf soll ein sogenanntes Musterverfahren in Zukunft bereits dann angestoßen werden, wenn mindestens zehn Personen einen gleichgelagerten Schaden schlüssig und glaubhaft geltend machen. Wenn sich dann in einem zweiten Schritt innerhalb einer Frist von zwei Monaten fünfzig Verbraucher in ein entsprechendes Klageregister eintragen, startet das Musterverfahren. Gibt das Gericht der Musterfeststellungsklage Recht, dann ist das Urteil für alle Verbraucher bindend, die zu Beginn der mündlichen Gerichtsverhandlung registriert sind.

Weil der Dieselskandal am 19. September 2015 aufflog, können Klagen nur noch bis Ende 2018 eingereicht werden. Die Zeit drängt. Deshalb bleibt es von ganz entscheidender Bedeutung, die auf Drängen der SPD im Koalitionsvertrag vereinbarte Musterfeststellungsklage nun – trotz der ungeliebten Großen Koalition - endgültig durchzusetzen und zügig einzuführen. Anders als beim „Rückkehrrecht von Teilzeit in Vollzeit“ darf dieser längst überfällige Schritt nicht verhandelbar sein.

Für einen stärkeren Verbraucher- und Datenschutz im Zeitalter der globalisierten Digitalisierung reicht dies jedoch noch lange nicht aus. Das belegt der jüngste Missbrauch von rund 50 Millionen Facebook-Profilen durch das Unternehmen Cambridge Analytica.

Globale Leider ist die bisherige Digitalpolitik gefangen in einer Empörungsschleife, die selten konkrete Verbesserungen des Datenschutzes hervorbringt. Sie steht einer zunehmenden wirtschaftlichen Machtkonzentration von Technologieunternehmen gegenüber. Deren Umgang mit Daten verändern bereits die Art und Weise, wie wir leben und hat das Potenzial, die öffentliche Wahrnehmung zu verzerren und unsere Gesellschaft zu spalten. Schlimmstenfalls haben digitale Konzerne sogar erheblichen Einfluss auf demokratische Entscheidungsprozesse in Deutschland und in Europa.

Datenkraken wie Google, Facebook und Co. scheuen sich nicht um künstlich gezogene nationale Grenzen, zumal sie bisher von der deutschen und europäischen Politik wenig zu befürchten haben. Deshalb ist es zu begrüßen, dass die EU-Kommission mit einer neuen Richtlinie die Grundlage für Sammelklagen in allen europäischen Mitgliedsstaaten schaffen will. Umso wichtiger ist es daher, dass die SPD-Minister der deutschen Bundesregierung und die SPD-Fraktion im Europäischen Parlament dafür kämpft, dass es den zahlreichen Lobbyverbänden, die bereits Sturm gegen den Kommissionsvorschlag laufen, nicht gelingt, das wichtige Instrument der Sammelklage zu verwässern oder gar zu verhindern. Hierbei gilt es jedoch auch umgekehrt, zu verhindern, dass eine „Klageindustrie“ wie in den USA entsteht, in der vor allem Anwaltskanzleien von Sammelklagen profitieren. Klagebefugt sollten daher nur Organisationen wie Verbraucherverbände, die nachweisen, dass sie nicht profitorientiert arbeiten und ein „legitimes Interesse“ an den jeweiligen Fällen haben, da sie in dem betroffenen Bereich für einen besseren Verbraucherschutz kämpfen. Unter diesen Voraussetzungen sind Sammelklagen zwar längst nicht ausreichend, aber immerhin ein wichtiger Schritt, den digitalen Kapitalismus wirksam zu zähmen und den Verbraucherschutz zu stärken.

Verlängerung der Straßenbahnlinie 11 verbessert die Anbindung des Frankfurter Westens



von Petra Scharf

Die SPD-Fraktion im Römer unterstützt die Idee von Verkehrsdezernent Klaus Oesterling und Oberbürgermeister Peter Feldmann, die Verlängerung der Straßenbahnlinie 11 bis zum Höchster Bahnhof nun endlich

in Angriff zu nehmen und widerspricht damit dem CDU-Fraktionsvorsitzenden im Ortsbeirat 6, Markus Wagner, der diesen Vorstoß als „Luftschloss zur Oberbürgermeisterwahl“ bezeichnet hatte.

„Wer den bekennenden Straßenbahn- und Bahnfahrer Klaus Oesterling kennt, sollte wissen, dass er bei der Verbesserung des öffentlichen Personenverkehrs keine Luftschlösser in die Welt setzt. Eine Verlängerung der 11 bis zum Höchster Bahnhof ist machbar und könnte sogar bis zur Jahrhunderthalle weitergeführt werden. Dadurch würde nicht nur der Höchster Bahnhof als Knotenpunkt gestärkt werden, sondern auch die Stadtteile Unterliederbach und Zeilsheim würden profitieren. An Veranstaltungstagen könnte zudem dem Verkehrschaos rund um die Ballsporthalle und die Jahrhunderthalle entgegen gewirkt werden,“ so die Stadtverordnete Petra Scharf, die lange im Ortsbeirat 6 aktiv war.

Ebenso wie Oesterling möchte Scharf, dass die Verlängerung der Linie 11 eng mit den Planungen zur Regionaltangente-West verzahnt wird.

Umstiegsprämie für Mopeds, Roller und Kleinkrafträder



von Roger Podstatny

Die SPD-Fraktion im Römer möchte den Umstieg auf Elektroroller und Pedelecs fördern und hat gemeinsam mit den Koalitionspartnern einen Prüfauftrag auf den Weg gebracht (NR 500).

„Wir glauben, dass sich die Zahl der der Mopeds, Roller und Kleinkrafträder durch die Umstiegsprämie erheblich senken lässt und erwarten uns positive Auswirkungen auf die Lärmbelästigung und den Ausstoß von Luftschadstoffen. In Tübingen gibt es bereits seit September 2016 eine solche Umstiegsprämie und die Erfahrungen sind positiv,“ so Roger Podstatny, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und umweltpolitische Sprecher.

Wer in Tübingen sein Moped verschrottet und sich stattdessen ein Zweirad mit Elektromotor

kauft, bekommt von der Stadt bis zu 500 Euro. Eine Studie des Schweizer Paul Scherrer Instituts belegt, dass Kleinkrafträder 53- bis 771-mal mehr Aerosole ausstoßen, die zur Feinstaubbildung beitragen, als andere Kraftfahrzeuge.

„Natürlich muss die Prüfung auch mögliche Mitnahmeeffekte bewerten, aber ich kann mir gut vorstellen, dass eine solche Umstiegsprämie in das Maßnahmenpaket zur Beantragung von Mitteln aus dem Fonds „Nachhaltige Mobilität in der Stadt“, einem Ergebnis aus dem „Dieselgipfel“, einbezogen wird. Damit würde auch eine angemessene Finanzierung gesichert,“ stellte Podstatny weiter fest.

Impressum:

Die Zeitung „Die Linke Mitte – Freundeskreis“ erscheint nach Bedarf. Abdruck - auch auszugsweise - nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers. Die redaktionellen Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

Herausgeber, Verantwortlich für den Inhalt: Freundeskreis, c/o. Roger Podstatny, Karl-Blum-Allee 14, 65929 Frankfurt

Redaktion: Roger Podstatny, Ursula Busch

Autoren: Mitglieder des Freundeskreises

Gedruckt durch Eigenvervielfältigung

Der Freundeskreis empfiehlt die Unterstützung folgender Kandidatinnen und Kandidaten beim Jahresparteitag der Frankfurter SPD am 14. April 2018:

<p><i>Präsidium:</i></p> <p>Ursula Busch, Oliver Strank</p>	<p><i>Delegierte Bundesparteitag:</i></p> <p>Oliver Strank</p>
<p><i>Antragsprüfungskommission:</i></p> <p>Gregor Amann Ursula Busch Eugen Emmerling Abdenassar Gannoukh Susanne Kassold Jan Klingelhöfer Klaus Oesterling Siegward Pawlik Roger Podstatny Hubert Schmitt Oliver Strank Armand Zorn</p>	<p><i>Delegierte Europa, Bezirks- und Landesparteitag:</i></p> <p>Ursula Busch Eugen Emmerling Susanne Kassold Stefan Marx Marlies von der Malsburg Klaus Oesterling Siegward Pawlik Roger Podstatny Petra Scharf Hubert Schmitt Oliver Strank Armand Zorn</p>
	<p><i>Bezirksbeirat:</i></p> <p>Roger Podstatny Oliver Strank</p>